

Antworten der FDP Berlin zu den Wahlprüfsteinen des VDP Berlin-Brandenburg e.V. zur Abgeordnetenhauswahl 2026

Sehr geehrte Frau Dr. Böcker-Giannini,

vielen Dank für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine. Freie Bildungsträger und Pflegeschulen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Bildungsvielfalt, zur Fachkräftesicherung und zur Innovationsfähigkeit unserer Stadt. Die FDP Berlin steht für eine vielfältige Bildungslandschaft, für echte Wahlfreiheit, für die Gleichbehandlung unterschiedlicher Träger und für einen Staat, der gute Rahmenbedingungen schafft, statt pädagogische Konzepte zentral zu steuern.

Für die Beantwortung Ihrer Fragen haben wir auch Künstliche Intelligenz genutzt. Unsere Antworten basieren auf unserem Wahlprogramm für die Abgeordnetenhauswahl 2026 sowie auf den Beschlüssen der FDP Berlin. Die so entstandenen Antworten wurden anschließend durch die Fachsprecherinnen und Fachsprecher des Landesvorstands geprüft und überarbeitet.

Gerne beantworte ich Ihre Fragen wie folgt.

BILDUNG

Frage:

Wie genau wollen Sie die Freiheit, Eigenverantwortung und Vielfalt freier Schulen als verfassungsrechtlich geschützten Bestandteil des Berliner Bildungswesens dauerhaft sichern und welche Maßnahmen planen Sie dazu?

Antwort:

Für die FDP Berlin ist die Vielfalt der Bildungslandschaft ein zentraler Wert. Freie Schulen sind kein Anhängsel des staatlichen Systems, sondern ein eigenständiger und verfassungsrechtlich geschützter Bestandteil unseres Bildungswesens. Sie ermöglichen unterschiedliche pädagogische Konzepte, stärken Innovationen und schaffen Wahlfreiheit für Eltern und Schüler.

Wir wollen deshalb die Eigenständigkeit freier Schulen konsequent stärken. Dazu gehört für uns eine Gleichbehandlung bei Finanzierung, Beteiligung und rechtlichen Rahmenbedingungen. Freie Schulen müssen stärker als bisher als Partner des Landes verstanden werden und nicht als Ausnahme vom Regelsystem.

Konkret setzen wir uns dafür ein, dass Vertreter freier Schulen in schulgesetzlich verankerten Bezirks- und Landesgremien volles Stimmrecht erhalten. Darüber hinaus wollen wir Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren deutlich verschlanken und dort, wo es möglich ist, von Genehmigungs- auf Anzeigeverfahren umstellen.

Unser Leitbild ist ein Bildungssystem, das auf Qualität, Wettbewerb der besten Ideen und pädagogische Freiheit setzt. Freie Schulen tragen hierzu wesentlich bei und sollen deshalb auch künftig verlässliche und attraktive Rahmenbedingungen vorfinden.

Frage:

Welche Rolle sollen freie Schulträger aus Ihrer Sicht bei der Schaffung zusätzlicher Schulplätze in Berlin zukünftig spielen und wie wollen Sie diese Rolle unterstützen?

Antwort:

Berlin leidet seit Jahren unter einem erheblichen Mangel an Schulplätzen. Wer diese Herausforderung lösen will, darf nicht allein auf staatliche Bauprogramme setzen. Freie Träger können und sollen eine wichtige Rolle beim Ausbau der Bildungsinfrastruktur übernehmen.

Wir sehen freie Schulträger als strategische Partner beim Ausbau von Kapazitäten. Sie verfügen häufig über hohe Innovationskraft, kurze Entscheidungswege und die Bereitschaft, schnell auf Bedarfe zu reagieren.

Deshalb wollen wir Genehmigungs- und Bauverfahren beschleunigen, Investitionshemmnisse abbauen und freie Träger bei Neubauten, Erweiterungen und Modernisierungen stärker unterstützen. Gerade in wachsenden Stadtteilen kann die Zusammenarbeit zwischen Land und freien Trägern dazu beitragen, schneller zusätzliche Schulplätze zu schaffen.

Bildungspolitisch halten wir nichts von einer künstlichen Trennung zwischen staatlichen und freien Angeboten. Entscheidend ist, dass Kinder gute Bildungsangebote erhalten.

1. Faire Finanzierung freier Schulen

Frage:

Wie wollen Sie die Finanzierung freier Schulen weiterentwickeln, um eine auskömmliche und verlässliche Finanzierung sicherzustellen?

Antwort:

Die FDP Berlin steht für den Grundsatz: Gleichwertige Bildungsleistungen müssen unabhängig von der Trägerschaft gleich behandelt werden.

Wir wollen deshalb die Finanzierung freier Schulen so weiterentwickeln, dass sie langfristig planbar, transparent und auskömmlich ist. Freie Schulen dürfen gegenüber staatlichen Schulen weder strukturell benachteiligt noch dauerhaft auf Eigenmittel angewiesen sein, um gesetzlich erwartete Bildungsleistungen erbringen zu können. Konkret fordern wir, dass freie Schulen die gleichen Kostensätze pro Kind erhalten wie vergleichbare staatliche Spezialschulen. Zudem müssen Inklusionskosten entsprechend der jeweiligen Förderschwerpunkte vollständig berücksichtigt werden. Verlässliche Finanzierung bedeutet für uns auch, dass politische Entscheidungen nicht kurzfristig zu Finanzierungseinbrüchen führen dürfen. Schulträger benötigen langfristige

Planungssicherheit, um Personal einzustellen, Gebäude zu finanzieren und Bildungsangebote weiterzuentwickeln.

Frage:

Wie bewerten Sie die Auswirkungen des Gesetzes zur Neuordnung der Ersatzschulfinanzierung und der Genehmigungsvoraussetzungen für Ersatzschulen auf entsprechende Schulen in freier Trägerschaft und welchen Anpassungsbedarf sehen Sie?

Antwort:

Grundsätzlich gilt für uns: Jede Reform der Ersatzschulfinanzierung muss sich daran messen lassen, ob sie Bildungsvielfalt stärkt oder einschränkt.

Wir sehen kritisch, wenn neue Regelungen zu zusätzlicher Bürokratie, höherem Verwaltungsaufwand oder größerer Planungsunsicherheit führen. Freie Schulen brauchen keine immer neuen Nachweis- und Berichtspflichten, sondern verlässliche Rahmenbedingungen.

Anpassungsbedarf sehen wir überall dort, wo die Eigenverantwortung der Träger eingeschränkt wird oder zusätzliche bürokratische Hürden entstehen. Wir wollen die Ersatzschulfinanzierung stärker vereinfachen, transparenter gestalten und auf das Ziel ausrichten, gute Bildungsangebote zu ermöglichen.

Frage:

Wie bewerten Sie die finanziellen Auswirkungen der aktuellen Regelungen zur Ersatzschulfinanzierung und hier insbesondere der Geschwisterkindermäßigung?

Antwort:

Familienfreundliche Regelungen dürfen nicht zulasten der wirtschaftlichen Stabilität freier Schulen gehen. Wenn politische Vorgaben zu Einnahmeausfällen führen, müssen diese angemessen ausgeglichen werden. Andernfalls drohen Fehlanreize, die letztlich die Bildungsvielfalt schwächen. Deshalb werden wir bestehende Finanzierungsregelungen darauf überprüfen, ob sie den tatsächlichen Belastungen der Träger gerecht werden. Unser Ziel ist eine Finanzierung, die soziale Teilhabe ermöglicht und gleichzeitig die wirtschaftliche Tragfähigkeit freier Schulen sichert.

Frage:

Welche Maßnahmen planen Sie, um freie Schulen bei Sachkosten, Schulsozialarbeit und IT-Administration gleichberechtigt zu öffentlichen Schulen zu unterstützen?

Antwort:

Die Gleichbehandlung freier und staatlicher Schulen darf nicht an der Klassenzimmertür enden. Schulsozialarbeit, Digitalisierung und professionelle IT-Betreuung sind heute integraler Bestandteil guter Bildung. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass freie

Schulen in diesen Bereichen gleichberechtigt berücksichtigt werden. Die FDP Berlin fordert darüber hinaus, dass jede Schule Zugang zu professioneller IT-Unterstützung erhält. Digitale Infrastruktur muss zuverlässig funktionieren. Lehrkräfte sollen unterrichten und nicht Systemadministratoren ersetzen müssen. Auch multiprofessionelle Teams, Schulsozialarbeit und psychologische Unterstützungsangebote dürfen nicht von der Trägerschaft abhängen.

2. Investitionen in Schulgebäude ermöglichen

Frage:

Welche Maßnahmen planen Sie, um freie Schulträger bei Investitionen in Neubau, Erweiterung, Sanierung und Modernisierung von Schulgebäuden zu unterstützen?

Antwort:

Berlin braucht eine Bildungsoffensive – und dazu gehört auch eine Schulbauoffensive. Freie Träger leisten einen erheblichen Beitrag zur Versorgung mit Schulplätzen. Deshalb müssen sie Zugang zu verlässlichen Investitionsförderungen erhalten. Wir wollen Genehmigungsverfahren beschleunigen, Förderprogramme transparenter gestalten und Investitionshemmnisse abbauen. Gleichzeitig setzen wir uns für eine grundlegende Modernisierung der Bildungsinfrastruktur ein. Insbesondere die Digitalisierung von Schulen, energetische Sanierungen und moderne Lernumgebungen dürfen nicht an fehlenden Investitionsmitteln scheitern.

Frage:

Wie wollen Sie langfristige Planungssicherheit und verlässliche Förderstrukturen für Investitionen freier Schulträger schaffen?

Antwort:

Investitionen in Bildung werden über Jahrzehnte geplant. Deshalb brauchen freie Träger langfristige Verlässlichkeit statt kurzfristiger Förderpolitik. Wir setzen uns für mehrjährige Förderperspektiven, transparente Förderkriterien und dauerhaft verankerte Investitionsprogramme ein. Gleichzeitig müssen Verwaltungsverfahren erheblich beschleunigt werden. Wer in Berlin Schulplätze schafft, darf nicht Jahre auf Entscheidungen warten.

3. Gleichberechtigte Teilnahme an Förderprogrammen

Frage:

Welche Maßnahmen planen Sie, um die Beteiligung freier Schulen an Förderprogrammen beispielsweise in den Bereichen Chancengerechtigkeit, Demokratiebildung, Digitalisierung, Gewaltprävention sowie Kooperationen mit Sport und Kultur zu stärken?

Antwort:

Für die FDP Berlin ist klar: Schüler dürfen nicht aufgrund der Schulträgerschaft benachteiligt werden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Förderprogramme des Landes und des Bundes grundsätzlich trägerneutral ausgestaltet werden. Entscheidend muss die Qualität des Angebots sein – nicht die Organisationsform. Gerade in den Bereichen Digitalisierung, Demokratiebildung, Gewaltprävention sowie Kooperationen mit Sportvereinen und Kultureinrichtungen leisten freie Schulen wertvolle Beiträge. Sie müssen deshalb gleichberechtigten Zugang zu Programmen, Fördermitteln und Modellprojekten erhalten.

4. Berufliche Schulen stärken

Frage:

Welche Maßnahmen planen Sie, um berufliche Schulen in freier Trägerschaft als wichtigen Bestandteil der Fachkräftesicherung zu stärken?

Antwort:

Die berufliche Bildung ist eine tragende Säule unseres Aufstiegsversprechens. Wir wollen die Digitalisierung der Oberstufenzentren vorantreiben, die Berufsorientierung stärken, Entrepreneurship Education ausbauen und die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung konsequent fördern. Freie berufliche Schulen leisten dabei einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung. Sie reagieren oft besonders flexibel auf neue Anforderungen des Arbeitsmarktes und verdienen deshalb verlässliche Rahmenbedingungen.

Frage:

Wie stehen Sie zu einer Finanzierungsregelung auf Basis eines Stichtages?

Antwort:

Wir stehen allen Modellen offen gegenüber, die Bürokratie abbauen und Planungssicherheit erhöhen. Wenn eine Stichtagsregelung geeignet ist, den Verwaltungsaufwand zu reduzieren und gleichzeitig eine verlässliche Finanzierung sicherzustellen, sollte sie ernsthaft geprüft werden. Entscheidend ist für uns, dass Finanzierungssysteme nachvollziehbar, praktikabel und planungssicher ausgestaltet werden.

5. Lehrkräftegenehmigungen vereinfachen

Frage:

Wie stehen Sie zu einer Vereinfachung der Verfahren für die Beschäftigung von Lehrkräften an Schulen in freier Trägerschaft?

Antwort:

Wir befürworten eine deutliche Entbürokratisierung. Die FDP Berlin setzt sich grundsätzlich dafür ein, Genehmigungsverfahren verstärkt in Anzeigeverfahren umzuwandeln. Dies gilt auch im Bildungsbereich. Vor dem Hintergrund des Lehrkräftemangels ist es nicht akzeptabel, dass Schulen geeignete Bewerber monatelang nicht einstellen können, weil Verwaltungsverfahren stocken. Staatliche Aufsicht muss gewährleistet bleiben, darf aber nicht zu unnötigen Verzögerungen führen.

6. Fachschulen für Sozialpädagogik sichern

Frage:

Welche Maßnahmen planen Sie, um Ausbildungskapazitäten an Fachschulen für Sozialpädagogik langfristig zu sichern?

Antwort:

Die Ausbildung pädagogischer Fachkräfte ist eine Schlüsselaufgabe für die Zukunft Berlins. Wir wollen die Attraktivität pädagogischer Berufe erhöhen, Ausbildungswege flexibilisieren und Fachkräftegewinnung erleichtern. Gleichzeitig setzen wir uns für bessere Rahmenbedingungen freier Bildungsträger ein. Gerade angesichts sinkender Kinderzahlen wäre es falsch, bestehende Ausbildungskapazitäten vorschnell abzubauen. Berlin wird auch künftig qualifizierte Fachkräfte benötigen.

Frage:

Halten Sie die derzeitige Schulgeldersatzfinanzierung für ausreichend?

Antwort:

Wenn Fachschulen trotz hoher gesellschaftlicher Bedeutung wirtschaftlich unter Druck geraten, muss die Finanzierung überprüft werden. Unser Maßstab ist nicht die formale Auskömmlichkeit auf dem Papier, sondern die tatsächliche Fähigkeit der Träger, qualitativ hochwertige Ausbildung dauerhaft anzubieten.

7. Transparente Verwaltungsverfahren und Entbürokratisierung

Frage:

Welche Maßnahmen planen Sie, um Verwaltungsverfahren für Schulen in freier Trägerschaft grundsätzlich zu vereinfachen und zu digitalisieren?

Antwort:

Bürokratieabbau gehört zu den Kernanliegen der FDP Berlin. Wir wollen Genehmigungsverfahren beschleunigen, Fristen verbindlich festlegen, digitale

Verwaltungsprozesse ausbauen und dort, wo möglich, Anzeigeverfahren einführen. Darüber hinaus setzen wir uns für das Prinzip „One in, Two out“ ein: Für jede neue bürokratische Belastung müssen mindestens zwei bestehende Regelungen entfallen. Bildungseinrichtungen sollen ihre Ressourcen für Bildung einsetzen – nicht für Papierberge.

8. Folgen der Verbeamtung fair berücksichtigen

Frage:

Wie wollen Sie sicherstellen, dass strukturelle Veränderungen im öffentlichen Schulwesen nicht zu finanziellen Nachteilen für Schulen in freier Trägerschaft führen?

Antwort:

Die FDP Berlin lehnt die Verbeamtung von Lehrkräften ab. Wir halten bessere Arbeitsbedingungen, mehr Eigenverantwortung und weniger Bürokratie für den sinnvolleren Weg. Unabhängig davon gilt: Finanzielle Folgen staatlicher Personalpolitik dürfen nicht einseitig auf freie Schulen abgewälzt werden. Die Ersatzschulfinanzierung muss so ausgestaltet sein, dass faire Wettbewerbsbedingungen erhalten bleiben.

Frage:

Wie bewerten Sie die Auswirkungen der zunehmenden Verbeamtung von Lehrkräften auf die Ersatzschulfinanzierung?

Antwort:

Die zunehmende Verbeamtung verändert die Kostenstrukturen im staatlichen Schulwesen erheblich. Daraus dürfen keine strukturellen Nachteile für freie Schulen entstehen. Deshalb werden wir die Auswirkungen auf die Ersatzschulfinanzierung sorgfältig überprüfen und uns dafür einsetzen, dass Bildungsvielfalt nicht durch finanzielle Schieflagen gefährdet wird.

PFLEGE

1. Pflegeausbildung als Teil der Daseinsvorsorge

Frage:

Welche Priorität messen Sie der Pflegeausbildung in der Berliner Gesundheitspolitik bei?

Antwort:

Die Pflegeausbildung hat für die FDP Berlin eine herausragende Bedeutung. Eine leistungsfähige Gesundheitsversorgung ist ohne ausreichend qualifizierte Pflegekräfte nicht denkbar. Deshalb betrachten wir Pflegeausbildung nicht als Randthema der

Gesundheitspolitik, sondern als zentralen Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Fachkräftesicherung.

Berlin steht vor erheblichen demografischen Herausforderungen. Gleichzeitig wächst der Bedarf an Pflegeleistungen kontinuierlich. Umso wichtiger ist es, dass die Hauptstadt ein attraktiver Ausbildungsstandort für Pflegeberufe bleibt.

Wir wollen die Rahmenbedingungen für Pflegeschulen verbessern, bürokratische Hemmnisse abbauen und dafür sorgen, dass sich mehr Menschen für einen Pflegeberuf entscheiden. Pflegeberufe verdienen gesellschaftliche Anerkennung, moderne Ausbildungsbedingungen und verlässliche politische Unterstützung. Darüber hinaus sehen wir die Gesundheitswirtschaft als einen der Zukunftscluster Berlins. Eine starke Pflegeausbildung ist deshalb nicht nur sozialpolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch von großer Bedeutung.

Frage:

Wie wollen Sie die Planungssicherheit für Pflegeschulen verbessern?

Antwort:

Pflegeschulen benötigen langfristige Verlässlichkeit. Investitionen in Personal, Räumlichkeiten und Ausbildungsangebote lassen sich nicht auf Grundlage kurzfristiger Förderentscheidungen planen. Die FDP Berlin setzt sich deshalb für transparente und nachvollziehbare Finanzierungsstrukturen ein. Förderprogramme müssen verlässlich ausgestaltet sein und dürfen nicht ständig wechselnden politischen Prioritäten unterliegen.

Darüber hinaus wollen wir die Verwaltungsverfahren vereinfachen und digitalisieren. Träger von Pflegeschulen sollen sich auf Ausbildung konzentrieren können und nicht auf die Bewältigung komplexer Verwaltungsanforderungen. Planungssicherheit bedeutet für uns außerdem, dass neue gesetzliche Vorgaben frühzeitig angekündigt, praktikabel ausgestaltet und mit angemessenen Übergangsfristen versehen werden.

Frage:

Welche Maßnahmen planen Sie, um die Ausbildungskapazitäten in der Pflege langfristig zu sichern und auszubauen und wie wollen Sie verhindern, dass regulatorische Vorgaben zu einem Rückgang von Ausbildungskapazitäten führen?

Antwort:

Berlin braucht mehr Pflegekräfte, nicht weniger Ausbildungsplätze. Deshalb verfolgen wir einen klaren Ansatz: Wo Regulierung notwendig ist, muss sie der Qualität dienen. Wo sie Ausbildungskapazitäten gefährdet, muss sie überprüft werden.

Wir wollen die Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse beschleunigen, zusätzliche Wege in pädagogische Tätigkeiten eröffnen und die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Praxispartnern und Gesundheitseinrichtungen stärken.

Darüber hinaus setzen wir auf eine stärkere Verzahnung von Gesundheitswirtschaft, Wissenschaft und Ausbildung. Berlin verfügt über hervorragende Voraussetzungen, um ein führender Ausbildungsstandort für Gesundheitsberufe zu sein.

Regulatorische Anforderungen dürfen dabei nicht dazu führen, dass Ausbildungskapazitäten verloren gehen. Jede neue Vorgabe muss deshalb auf ihre Auswirkungen auf Ausbildungsplätze geprüft werden.

Frage:

Wie wollen Sie dem zunehmenden Lehrkräftemangel an Pflegeschulen begegnen?

Antwort:

Der Lehrkräftemangel ist eine der größten Herausforderungen im Bereich der Pflegeausbildung. Wir wollen deshalb die Anerkennung beruflicher Qualifikationen beschleunigen und zusätzliche Wege in die Lehrtätigkeit eröffnen. Menschen mit hoher fachlicher Kompetenz und praktischer Erfahrung müssen leichter für Lehrtätigkeiten gewonnen werden können.

Darüber hinaus setzen wir auf attraktivere Rahmenbedingungen, weniger Bürokratie und mehr Eigenverantwortung der Bildungseinrichtungen.

Auch internationale Fachkräfte können einen wichtigen Beitrag leisten.

Anerkennungsverfahren müssen schneller, transparenter und digitaler werden.

Langfristig wollen wir die Pflegeausbildung insgesamt attraktiver machen, um mehr Menschen für eine Laufbahn als Lehrkraft oder Praxisanleiter zu gewinnen.

2. Finanzierung der Pflegeschulen

Frage:

Wie wollen Sie die wirtschaftliche Stabilität der Berliner Pflegeschulen sichern?

Antwort:

Die wirtschaftliche Stabilität der Pflegeschulen ist Voraussetzung für eine stabile Fachkräfteversorgung. Wir setzen uns für verlässliche und nachvollziehbare Finanzierungsstrukturen ein, die den tatsächlichen Aufwand der Schulen berücksichtigen. Finanzierungssysteme müssen so ausgestaltet sein, dass Träger langfristig planen und investieren können.

Gleichzeitig wollen wir bürokratische Belastungen reduzieren. Jeder Euro, der für unnötige Verwaltung ausgegeben wird, fehlt am Ende bei der Ausbildung zukünftiger Pflegekräfte. Für die FDP Berlin gilt der Grundsatz, dass unterschiedliche Trägerformen fair behandelt werden müssen. Die Qualität der Ausbildung und nicht die Trägerstruktur sollte im Mittelpunkt staatlicher Entscheidungen stehen.

Frage:

Welche Maßnahmen planen Sie zur Entbürokratisierung der Förderverfahren?

Antwort:

Die Entbürokratisierung von Förderverfahren gehört zu unseren zentralen politischen Zielen. Wir wollen Förderanträge digitalisieren, Nachweispflichten vereinfachen und Bearbeitungszeiten deutlich verkürzen. Darüber hinaus setzen wir uns für verbindliche Fristen bei Verwaltungsentscheidungen ein.

Grundsätzlich verfolgen wir den Ansatz, Genehmigungsverfahren dort, wo dies möglich ist, durch Anzeigeverfahren zu ersetzen. Gleichzeitig sollen digitale Verfahren zum Standard werden. Unser Ziel ist eine Verwaltung, die unterstützt statt behindert.

Frage:

Wie wollen Sie das Problem hoher Mietkosten der Pflegeschulen lösen?

Antwort:

Hohe Miet- und Infrastrukturkosten stellen insbesondere für freie Bildungsträger eine erhebliche Belastung dar. Wir wollen die Rahmenbedingungen für Investitionen in Bildungsinfrastruktur verbessern und Förderprogramme so ausgestalten, dass sie den tatsächlichen Kostenstrukturen Rechnung tragen.

Darüber hinaus setzt sich die FDP Berlin insgesamt für mehr Neubau, schnellere Genehmigungsverfahren und eine Ausweitung des Angebots an Gewerbe- und Bildungsflächen ein. Ein entspannterer Immobilienmarkt hilft auch Bildungseinrichtungen. Unser Ziel ist, dass Bildungsangebote nicht an steigenden Raumkosten scheitern.

Frage:

Wie wollen Sie die strukturelle Ungleichbehandlung zwischen krankenhausbundenen und nicht-krankenhausbundenen Pflegeschulen beenden?

Antwort:

Die FDP Berlin steht für faire Wettbewerbsbedingungen unabhängig von der Trägerschaft. Aus unserer Sicht darf die Qualität einer Ausbildung nicht davon abhängen, ob eine Schule an ein Krankenhaus angebunden ist oder nicht.

Finanzierungsmodelle müssen so ausgestaltet werden, dass vergleichbare Leistungen auch vergleichbar behandelt werden. Deshalb werden wir bestehende Regelungen daraufhin überprüfen, ob sie einzelne Trägerformen strukturell benachteiligen. Wo dies der Fall ist, besteht aus unserer Sicht Anpassungsbedarf.

Frage:

Wie wollen Sie Auszubildende aus anderen Ländern integrieren, die die deutsche Sprache zum Ausbildungsbeginn noch nicht ausreichend beherrschen? Planen Sie Sprachkurse zur Ausbildungsvorbereitung und ausbildungsbegleitende Sprachförderangebote zu finanzieren?

Antwort:

Sprache ist der Schlüssel für erfolgreiche Ausbildung, berufliche Integration und gesellschaftliche Teilhabe. Die FDP Berlin setzt sich deshalb grundsätzlich für frühzeitige und bedarfsgerechte Sprachförderung ein. Wer in Berlin einen Gesundheits- oder Pflegeberuf erlernen möchte, soll die Möglichkeit erhalten, fehlende Sprachkenntnisse gezielt aufzubauen. Wir unterstützen sowohl vorbereitende Sprachförderangebote als auch ausbildungsbegleitende Maßnahmen. Dabei sollte der tatsächliche Bedarf vor Ort maßgeblich sein.

Gleichzeitig erwarten wir, dass Sprachförderung konsequent auf den Erwerb berufsrelevanter Kompetenzen ausgerichtet wird. Ziel muss sein, Auszubildende schnell in die Lage zu versetzen, erfolgreich an Ausbildung und Berufsleben teilzunehmen. Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels liegt hierin eine große Chance für Berlin.

3. Sicherstellung der praktischen Ausbildung

Frage:

Wie planen Sie die Ausbildungskapazitäten in den Mangelbereichen der praktischen Ausbildung sicherzustellen und auszubauen?

Antwort:

Die praktische Ausbildung ist das Herzstück der Pflegeausbildung. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Pflegeschulen, Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und ambulanten Diensten stärken. Ausbildungsverbünde können dabei einen wichtigen Beitrag leisten.

Darüber hinaus setzen wir uns für bessere Rahmenbedingungen in der stationären Akutpflege, der Pädiatrie und der ambulanten Versorgung ein. Gerade in diesen Bereichen müssen zusätzliche Ausbildungskapazitäten geschaffen werden.

Berlin verfügt über eine starke Gesundheitswirtschaft. Dieses Potenzial wollen wir nutzen, um mehr Praxisplätze bereitzustellen und die Ausbildung insgesamt attraktiver zu gestalten. Unser Ziel ist eine ausreichende Zahl qualitativ hochwertiger Praxiseinsätze für alle Auszubildenden.

Frage:

Welche Maßnahmen planen Sie zur Finanzierung der externen Pflichteinsätze der praktischen Pflegeausbildung?

Antwort:

Pflichteinsätze sind unverzichtbarer Bestandteil der Pflegeausbildung. Deshalb müssen die Finanzierungssysteme den tatsächlichen Aufwand der beteiligten Einrichtungen angemessen berücksichtigen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass bestehende

Finanzierungsregelungen überprüft und gegebenenfalls angepasst werden, wenn sie die Durchführung externer Praxiseinsätze erschweren.

Aus Sicht der FDP Berlin darf die Organisation notwendiger Praxiseinsätze nicht an unklaren Finanzierungszuständigkeiten scheitern. Ausbildungsverbände und kooperierende Einrichtungen brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Unser Ziel ist eine praxisnahe Ausbildung, die sowohl den Bedürfnissen der Auszubildenden als auch den Anforderungen der Einrichtungen gerecht wird.

Bildung und Pflege gehören zu den wichtigsten Zukunftsaufgaben unserer Stadt. Freie Bildungsträger und Pflegeschulen leisten hierbei einen unverzichtbaren Beitrag. Sie schaffen Bildungsangebote, sichern Fachkräfte und stärken die Vielfalt unserer Gesellschaft.

Die FDP Berlin wird sich deshalb auch künftig für faire Wettbewerbsbedingungen, weniger Bürokratie, mehr Eigenverantwortung und eine konsequente Gleichbehandlung unterschiedlicher Träger einsetzen.

Ich danke Ihnen herzlich für Ihr Interesse an den Positionen der FDP Berlin und für Ihr Engagement für Bildung, Ausbildung und Pflege in unserer Stadt. Fragen und Antworten werden wir auch auf unserer Website veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Meyer

Spitzenkandidat der FDP Berlin zur Abgeordnetenhauswahl 2026